

Sevilla, 11. Oktober 2005

"Die Spanische Regierung kann nicht Komplize der Unbarmherzigkeit sein"

Andalucia Acoge fordert die finanzielle Hilfe an Marokko zu beenden solange die Menschenrechte nicht garantiert werden.

Die Föderation der Vereinigungen für MigrantInnen Andalucia Acoge klagt die spanische Regierung an zur Seite zu schauen und Komplize der Unbarmherzigkeit zu sein, welche die marokkanische Regierung mit der Ausweisung der subsaharischen MigrantInnen in unmenschliche Bedingungen an die Grenze zu Mauretanien demonstriert.

Nach Ansicht der Organisation sollte die spanische Regierung die Einhaltung der Menschenrechte fordern und ihr Druck sollte fokussiert sein auf die Einschränkung wirtschaftlicher Hilfe auf dem Gebiet der Migration solange dieses Land nicht die Respektierung der Würde und der physischen Integrität dieser Personen garantiert. In diesem Sinne spricht sich Andalucia Acoge radikal gegen die Auslagerung der Grenzkontrollen aus, die Marokko die Rolle als Polizisten für die Europäische Union zuweist. "Es ist nachgewiesen, dass die Auslagerung den Verlust der Menschenrechte mit sich bringt und eine Schwächung der Funktionen der spanischen Regierung und der europäischen Regierungen bedeutet." In diesem Sinne kann die Realität der Migration an der Südgrenze Spaniens in keinem Fall der Schaffung von Internierungszentren in den Transitländern Antrieb verleihen.

Besonders schlimm sind für Andalucia Acoge die unverzüglichen Abschiebungen, die illegal sind, der Verlust der Rechte von Asylsuchenden und die Verfrachtung der MigrantInnen in einen langsamen Tod in der Wüste. Die Organisation überlegt legale Aktionen gegen diese Rechtsverletzungen an der Grenze zu unternehmen.

Die spanische Regierung sollte sich aktiv einmischen um das Sterben der MigrantInnen zu verhindern. Aber diese Lösungen sollten nicht ausschließlich polizeiliche sein, sondern menschliche und realistische Lösungen um das Elend zu lindern, gerichtet auf das Fehlen der Alphabetisierung, die wirtschaftliche Verarmung und die Abwesenheit von Demokratie, die in einigen afrikanischen Ländern herrscht.